



## **Stadtratsfraktion Pirmasens**

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Bernhard Matheis  
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/227214**

**Mail: [info@linksfraktion-ps.de](mailto:info@linksfraktion-ps.de)**

**Internet: [www.linksfraktion-ps.de](http://www.linksfraktion-ps.de)**

### **Antrag zur Stadtratssitzung am 18. November 2013**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

05. November 2013

DIE LINKE Stadtratsfraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 18. November 2013 zu setzen.

### **Bürgerbefragung Stadtgalerie**

#### **Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Zum geplanten Bau einer Stadtgalerie wird eine Bürgerbefragung in Form einer Abstimmung über eine Abstimmungsfrage durchgeführt.
2. Die Abstimmungsfrage lautet: Sind Sie für den Bau und den Betrieb eines Einkaufszentrums mit ca. 15.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche in der Fußgängerzone Pirmasens (Ecke Hauptstraße/Bahnhofstraße)?
3. Die Abstimmungsfrage soll mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können.
4. Abstimmungsberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Pirmasens, die nach § 1 des Kommunalwahlgesetzes für die Wahl des Stadtrats wahlberechtigt sind. Ein Mindestquorum für die Beteiligung entfällt.
5. Die Bürgerbefragung hat empfehlenden Charakter für zukünftige Entscheidungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse in gleicher Angelegenheit.
6. Die Bürgerbefragung soll vor einem Planfeststellungsverfahren, vor einem Bauleitplanverfahren und vor Beschlüssen in gleicher Angelegenheit im 1. Quartal 2014 durchgeführt werden.
7. Die Bürgerbefragung wird von folgenden Maßnahmen im Vorfeld begleitet:

- a) Einer kontinuierlichen Veröffentlichung aller relevanten Informationen zur geplanten Stadtgalerie in geeigneten Medien
- b) Mindestens einer Bürgerversammlung in der Festhalle Pirmasens (je nach zeitlichem Projektfortschritt).
- c) Einrichtung einer Internetplattform mit Diskussionsmöglichkeit.
- d) Auflage eines Flyers, der in komprimierter Form die grundlegenden Daten und Fakten des Projektes enthält.

### **Begründung:**

Das Projekt Stadtgalerie ist nach der Sicherung der erforderlichen Grundstücke in eine entscheidende Phase getreten.

Am 26. März 2012 beantragte die Ratsfraktion DIE LINKE, dass „die Bürgerinnen und Bürger vor der Einleitung eines Bauleitplanverfahrens oder eines Planfeststellungsverfahrens über die Grundsatzfrage abstimmen können, ob sie für oder gegen den Bau einer Stadtgalerie sind.“

Die Einholung eines Bürgervotums wurde mit dem einstimmigen Verweis des Antrags der Linksfraktion in den Hauptausschuss von allen Ratsfraktionen und Oberbürgermeister Dr. Matheis begrüßt. Entsprechende Äußerungen wurden in zahlreichen Zeitungsartikeln in der Lokalpresse veröffentlicht.

Im Hauptausschuss sollte eine weitere Beratung des Antrages erfolgen und die Frage, die Gegenstand des Bürgervotums sein sollte, sorgfältig überdacht und formuliert werden.

Stattdessen wurde die Bildung einer Planungszelle als angestrebte Form der Bürgerbeteiligung in die öffentliche Debatte eingebracht. Als Gründe wurden in Presseartikeln die Vermeidung von undifferenzierten Diskussionen und Zeitersparnis gegenüber einer Bürgerbefragung genannt. Darüberhinaus sei ein Bürgerentscheid aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Laut Presseberichten wurde der Vorschlag zur Einrichtung einer Planungszelle mit Entwickler Koprian abgesprochen.

Nicht abgesprochen wurde dieser Vorschlag mit den gewählten Ratsmitgliedern, die erst im Nachgang zu den Presseveröffentlichungen in der Hauptausschusssitzung am 4. November informiert wurden.

In Rheinland-Pfalz haben Planungszellen bisher im Jahr 2008 Empfehlungen für die Kommunal- und Verwaltungsreform erarbeitet. Mit der Durchführung wurde das Planungsbüro Nexus beauftragt. Weitere Planungszellen in Rheinland-Pfalz sind nicht bekannt.

Die Begleitung eines mit der Stadtgalerie Pirmasens vergleichbaren Projekts durch Planungszellen gab es bisher nicht in Rheinland-Pfalz. In der politischen Praxis werden Planungszellen in der Regel nur in bereits laufenden Planfeststellungsverfahren eingesetzt, um Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Planungsproblem zu erarbeiten. Dies setzt unter anderem voraus, dass konkrete Pläne überhaupt existieren.

Aus diesen Gründen halten wir eine Beschränkung der Bürgerbeteiligung zum Thema Stadtgalerie auf die Bildung einer Planungszelle für wenig zielführend.

Insbesondere kann eine Planungszelle eine demokratische Abstimmung aller wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger nicht ersetzen.

Ein rechtlich bindender Bürgerentscheid wäre nach unserer Rechtsauffassung als Grundsatzentscheidung über die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zulässig, nicht jedoch über ein Vorhaben selbst – in diesem Falle die Stadtgalerie – für das ein Planfeststellungsverfahren notwendig ist. Die Bürgerinnen und Bürger würden in diesem Fall nicht über die Stadtgalerie, sondern über die Einleitung eines Verwaltungsaktes entscheiden. Verwaltungsgerichte beurteilen diese Möglichkeit allerdings unterschiedlich. Auch kann niemanden daran gelegen sein, diese Frage gerichtlich entscheiden zu lassen. Aus diesen Gründen haben wir von einem Bürgerentscheid Abstand genommen.

Da der Begriff Bürgervotum synonym sowohl für Bürgerbefragungen als auch für Bürgerentscheide verwendet wird, wird nunmehr eine definierte Bürgerbefragung mit empfehlenden Charakter beantragt.

Diese Form der Bürgerbeteiligung kommt der ursprünglich von allen Ratsfraktionen bekundeten politischen Willensäußerung am nächsten und bezieht alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsfindung ein.

In Anbetracht einer bisherigen Abweichung von mehr als zwei Jahren vom ursprünglich geplanten Eröffnungstermin im Jahr 2015, kann Zeitdruck nicht dafür herhalten, dass eine direkte Bürgerbeteiligung in Form einer Bürgerbefragung nun abgelehnt wird. Demokratische Grundsätze, eine direkte Bürgerbeteiligung und die damit verbundene Identifikation mit dem Projekt Stadtgalerie sollten uns einige Monate mehr Zeitaufwand wert sein.

Einer undifferenzierten Debatte kann nicht durch eine Planungszelle, sondern nur durch eine umfassende Information der Öffentlichkeit und Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern begegnet werden.

Gerade so umfassende Eingriffe in das Stadtbild und die wirtschaftlichen Verhältnisse wie die geplante Stadtgalerie haben nur dann eine Chance auf erfolgreiche Umsetzung, wenn sie bei den Bürgerinnen und Bürgern auf Akzeptanz und nicht auf Ablehnung stoßen. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger gefragt werden, ob sie die Stadtgalerie wollen oder nicht.

Mündige Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage, sich eine sachlich fundierte Meinung zu bilden und eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen.

Der Stadtrat sollte deshalb akzeptieren, dass nicht nur die gewählten Vertreterinnen und Vertreter wissen, welche Verantwortung sie für die weitere Entwicklung der Stadt Pirmasens tragen, sondern die Bürgerschaft in ihrer Gesamtheit ein Verantwortungsbewusstsein für ihre Heimatstadt aufbringt. Schließlich sind es die Bürgerinnen und Bürger selbst, die die Konsequenzen einer solch weitreichenden Entscheidung zu tragen haben.

Die langläufig attestierte Überforderung der Bürgerinnen und Bürger durch die Komplexität der zu treffenden Sachentscheidungen sehen wir nicht. Dies ist vielmehr Ausdruck einer mangelhaften Informationspolitik.

**Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE:**

.....  
(Frank Eschrich, Vorsitzender)

.....  
(Fritz Wirth, stellv. Vorsitzender)